

BADEN-WÜRTTEMBERG

aktuell

Hartmannbund



Hartmannbund

Landesverband Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial	
Dr. Roland Quast	2
Deutsches Gesundheitssystem – quo vadis?	3
EBM 2009 – Ansichten eines Hausarztes	4
Neu: Arbeitssicherheit in den Arztpraxen	
Alternativbetreuung der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg	6
Gastbeitrag	
Dr. Thomas Ulmer, MdEP	7
Aus der Region	7
Ein Modell zur Verbesserung der Kommunikation an der Schnittstelle stationäre / ambulante / Behandlung.	8
Impressum	8
Senioren im Hartmannbund	9
Hartmannbund-Veranstaltungsreihe in Heidelberg gestartet:	
Rund um Gründung, Aufbau und erfolgreiche Führung der ärztlichen Praxis	9
Kreiswahlen in Baden-Württemberg	10
Veranstaltungen des Hartmannbundes Landesverband Baden-Württemberg	12
Zertifizierte Fortbildungsabende in Heidelberg	12

Editorial



Dr. Roland Quast

Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der HB Baden-Württemberg informiert Sie wieder mit einem eigenen „bw-aktuell“. Wir präsentieren Ihnen Informationen und Positionen und setzen uns für die Belange der Ärzteschaft ein. Dies ist in der aktuellen politischen Situation von großer Bedeutung.

Wahljahre sind Entscheidungsjahre.

Die letzten Jahre haben uns viele neue Gesetze und Gesetzesänderungen gebracht, die direkt oder indirekt mit der Ausübung unseres Berufes zusammenhängen. Kaum eines dieser neuen Gesetze hat wirkliche Verbesserungen gebracht. Immer wieder Stückwerk, immer wieder schnelle Änderungen, die in der Auswirkung nicht ausreichend genug überdacht wurden.

Die Praxisgebühr sollte die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen regeln. Kaum war sie beschlossen, war durch Ausnahmeregelungen der gewünschte Effekt dahin, nur der unverhältnismäßig hohe bürokratische Aufwand blieb.

So kann man keine Gesundheitspolitik machen. Ein weiteres Beispiel sind die Disease-Managementprogramme. Ich habe diese Behandlung nach Leitlinien anfangs unterstützt. Was daraus geworden ist, ist ein katastrophales Bürokratiemonster, das uns Ärzten und unseren Mitarbeiterinnen das Leben schwer macht.

Der Höhepunkt ist nun die Honorarreform. Die Gesamthonorierung der Ärzte sollte angehoben werden, gleichzeitig sollte es einen Ausgleich zwischen den Bundesländern geben. Uns wurde eine Reform versprochen, die uns ein höheres Honorar sichert, ein Honorar, das unserer ärztlichen Leistung entspricht.

Dabei war klar voraussehbar und nicht zu verhindern, dass die Ärzte in Baden-Württemberg und in Bayern Verlierer sein werden. Wir haben dies mehrfach Bundes- und Landespolitikern vorgerechnet.

Eine strukturelle Änderung wie der Gesundheitsfonds kann nicht in allen Auswirkungen sicher geplant werden, eine Berechnung des

Honorars nach einer versprochenen Honorarerhöhung aber schon. Das muss die Politik können. Die Fehler der ärztlichen Selbstverwaltung zuzuschieben ist Ablenkung von den eigenen Fehlern.

Die Steuerung des staatlichen Gesundheitssystem erfolgt durch Regierung und Parlament, den Politikern muss aber klar sein, dass ohne Ärzte kein Gesundheitssystem funktionieren kann.

Die Lösung liegt nur in einem zielorientierten Dialog zwischen Politik und Ärzten, um ein funktionierendes und langfristig wirtschaftlich gesichertes öffentliches Gesundheitssystem auszugestalten. Dieser Dialog kann nicht in den Medien, nicht auf der Straße und nicht bei Großdemonstrationen geführt werden.

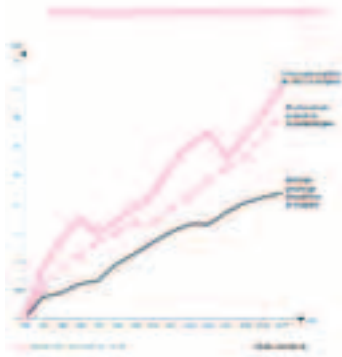
Wir Ärzte sind keine Politiker, wir wollen ungestört unseren schönen Beruf ausüben. Die Freiberuflichkeit ist uns ein wichtiges Gut. Unsere Patienten suchen beim Arzt Gesundheit und Heilung und keine Flugblätter. Beruhigen und Heilen ist unser Auftrag.

Die gesetzliche Verpflichtung zum Abschluss von Einzelverträgen nach Paragraph 73 b ist eine politische Entscheidung mit der Konsequenz steigender Kosten für doppelte Verwaltung. Sie verunsichert Patienten und Ärzte.

Eine sinnvolle Neustrukturierung des KV-Systems ist damit nicht auf den Weg gebracht worden.

Die gesellschaftliche Herausforderung liegt im Umstieg in ein transparentes System von Grund- und Wahlleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies ist primär ein politischer Auftrag.

Als fachgruppenübergreifender Verband aller Ärzte bringen wir unsere langjährige medizinische Erfahrung als wesentliches Element in die Neugestaltung und Verbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung ein.



Deutsches Gesundheitssystem – quo vadis?

3

Gesundheit ist für uns alle das wichtigste Gut. In fast allen Gesellschaftsstrukturen steht die Gesundheitssicherung für die Bevölkerung an zentraler Stelle. Die Wege sind allerdings sehr unterschiedlich. Zwischen reinen Grundsicherungssystemen und Vollversorgungssystemen finden wir alle Formen der Organisation. In der Regel sind die Systeme sehr lange gewachsen.

In Deutschland hat sich die gesetzliche Krankenversicherung als Säule der Sozialversicherung entwickelt. Sie geht auf die Bismarcksche Sozialgesetzgebung von 1883 zurück. Die wesentlichen Strukturprinzipien sind Solidarität, Sachleistung, paritätische Finanzierung, Selbstverwaltung und Pluralität. Waren ursprünglich nur 4% der Bevölkerung versichert, sind es heute fast 90 %. Eine Vielfalt von Einzelverträgen mit erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen für Ärzte mündete in Protesten und führte zur Gründung des Hartmannbundes. Er wurde zum Fachgruppen übergreifenden Verband und setzte Verträge mit den gesetzlichen Krankenkassen durch. Auf dieser Basis entwickelte sich das KV-System.

Die Leistungen der gesetzlichen KV veränderten sich nach 1945 durch die Lohnfortzahlung im Jahr 1969, Leistungserweiterungen und das Rehabilitationsgesetz 1974. Bereits 1977 wurden Kostendämpfungs-gesetze auf den Weg gebracht.

1989 löst das SGB V endgültig die RVO ab und Früherkennung und Schwerpflegeversicherung finden Eingang. Wenige Jahre später beginnt die rasche Abfolge von Gesetzen zur Regelung von Leistungen und zur „Harmonisierung der Beiträge“. Der Risikostrukturausgleich greift in die bis dahin bestehende Beitragshoheit und die Entscheidung durch die Selbstverwaltung der Kassen ein.

Ab 2000 ist die Zahl der gesetzlichen Neuregelungen kaum zu beschreiben. Im Krankenhaus wird ein neues Verrechnungssystem auf Basis von DRGs eingeführt. Dieses verändert die Fallsteuerung in den Krankenhäusern grundlegend. Die Liegezeiten sinken. Teilweise muss dies die rehabilitative Folgebehandlung und die ambulante Versorgung auffangen. Die Veränderungen werden mit einer relativ langen Konvergenzphase verknüpft.

Die Regulation der Leistungen – Stichwort Gemeinsamer Bundesausschuss – und der Beitragsstruktur münden im WSG 2006 mit der Einführung des Gesundheitsfonds. Die Beteiligung der Selbstverwaltung an der Beitragsfestlegung ist endgültig beendet. Hinzu tritt der morbiditätsbezogene Risikostrukturausgleich, der die Kostenrisiken an die tatsächliche Krankheitsverteilung und die daraus resultierenden Kosten annähern sollte. Es handelt sich um ein schwer durchschaubares Konstrukt, das seine Wirksamkeit noch beweisen muss. Sehr überraschend ist die Zuordnung von Schwangerschaft zu den Morbiditätsrisiken und die fehlende Orientierung an der effektiv ab-

gerufenen Behandlung von Krankheiten. Wesentlich ist die diagnostische Zuordnung, nicht die daraus resultierende Behandlungsprozedur.

Parallel zum Gesundheitsfonds tritt die Honorarneuordnung für den vertragsärztlichen Bereich in Kraft. Im Gegensatz zu den Veränderungen in der Krankenhausabrechnung plant hier der Gesetzgeber keine Konvergenzphase ein. Die Auswirkungen sind ab jetzt nicht kalkulierbar. Es sind aber ausgeprägte Finanzierungslücken in Baden-Württemberg vorprogrammiert.

Gesundheitsreformen werden mit den Schlagworten Qualitätsverbesserung, Kostenkontrolle und Wettbewerbsstärkung verknüpft. Ein Ausstieg aus kollektiven Abrechnungssystemen wie dem KV-System wird ermöglicht. Dies spiegelt sich in den Vertragsmodellen für Hausarztzentrierte Versorgung § 73b.

Die vielfältigen Korrekturen und „Modernisierungen“ in den Gesetzen zielen auf eine Stabilisierung der problematischen Finanzlage. Diese rührt aber weniger von einer wenn auch noch so oft diskutierten Ausgabenescalation, sie gründet vielmehr in den Veränderungen auf der Einnahmenseite. Obwohl der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP seit Jahren konstant ist, bestehen Engpässe in der Finanzierung. Grund ist die ungünstige Entwicklung der versicherungspflichtigen Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP.

In den Leistungsausgaben selbst ist der Anteil für ärztliche Leistungen kontinuierlich sinkend. Selbst wenn man die ärztlichen Ausgabenanteile im Krankenhaus hinzurechnet, ist ein prozentualer Rückgang von Jahr zu Jahr dokumentiert. Dies wirkt sich nicht nur auf die Ärzte aus. Da die Vergütung der niedergelassenen Ärzte auch die komplette Praxisfinanzierung mit Personalkosten beinhaltet, kann dies in einen wichtigen Arbeitsmarktanteil einwirken. Vergessen wir nicht, dass mit ca. 4,3 Millionen Beschäftigten das Gesundheitswesen einen der größten Anteile im Arbeitsmarkt repräsentiert.

Bewertungen aus Sicht unseres Verbandes:

Einzel- und Selektivverträge im Bereich der ambulanten Versorgung und pauschalierte Verrechnungen auf Basis der DRG in der Klinik prägen zunehmend das Bild der gesetzlichen Krankenversicherung. Kompliziert wird dies durch hochgradige Regulation der Leistungen über Richtgrößen, Indikationseinschränkungen für Diagnostik und Therapie, Regelleistungsvolumina, etc. Für die Beteiligten ist die Situation kaum durchschaubar und eine starke Vertretungsbasis ist für Ärzte in allen Tätigkeitsfeldern von entscheidender Bedeutung. Die Organisationsstrukturen müssen innerärztlich wie auch im Gesamtgesundheitswesen kritisch überprüft werden.

lich stimmt es dann aber wiederum, dass die hochdotierte KBV-Spitze anscheinend erst im Februar bemerkt hat, dass die medienwirksamen 2,7 Milliarden Honorarplus unter anderem aufgrund der Kündigung der meisten Sonderverträge lediglich das Produkt einer klassischen Milchmädchenrechnung waren! Kollegin Lüder, eine Allgemeinärztin aus Hamburg hatte unter anderem auch darauf schon im September 2008 in ihrer lesenswerten Analyse des Wettbewerbsstärkungsgesetzes unter der Überschrift „Diese Politik macht krank“ hingewiesen!

Wie sieht jetzt aber die Situation der Hausärztinnen und -ärzte in Baden-Württemberg aus? Immerhin hatte die KBV Ende 2008 noch verkündet, dass die Hausärzte ein „klares Honorarplus“ erwarten könnten!? Die Hausärzte würden nun endlich von der Punktmengensteigerung profitieren – wobei zugleich aufgrund der starken Pauschalierung darauf hingewiesen wurde, dass diese es „einzelnen Hausärzten“ erschweren könnte, ihr RLV auszufüllen!? Glücklicherweise wurden dafür aber die wunderbaren „Qualitätszuschläge“ kreiert, welche zur Honorarsteigerung beitragen sollten. Diese sind, wie die RLV, ja nun erst einmal auf Eis gelegt. Die Vorstellung, im Hinblick auf das erreichbare Honorar jedes Quartal zum Beispiel bei 12% der Patienten eine Prokto- oder Rektoskopie durchzuführen, fand ich, gelinde ausgedrückt wirklich erschreckend – und das für beide Seiten! Mit einer sinnvollen und vor allem patientengerechten Versorgung hat dies alles überhaupt nichts mehr zu tun!

Wie steht es denn jetzt aber um unsere Honorare? Ein Honorarverlust von fast 3,6% gegenüber 2008 für die hausärztlichen Kolleginnen und Kollegen bestätigen die vollmundigen Ankündigungen der KBV in keinster Weise! Die darin enthaltene Verschiebung von Honorarmasse zugunsten des Facharzttopfes fällt dabei dann kaum noch auf, zumal es aufgrund absurder Verschiebungen auch hier etliche Verlierer geben wird. Die Ankündigung der KVBW, dass vorab dank „Rettungsanker“ niemand mehr als 5% Honorarverlust befürchten muss und das aktuell um 9 Cent nach oben korrigierte RLV passen schlussendlich perfekt ins schiefe Bild. Die Prognose, dass die Ärzte im Ländle im Zuge der nächsten Konvergenzphase einen Honorarzuwachs von 6% erwarten könnten, wirkt da dann allenfalls noch als Trostpflaster! Was tun? Wie sind die Aussichten? – Das Tolle ist, dass dies aufgrund des völlig überregulierten Systems zumindest auf ärztlicher Seite wohl keiner so genau weiß! Es darf mit Spannung erwartet werden, wie die auf Basis der RLV simulierte Abrechnung des ersten Quartals 2009 aussehen wird, welche zu Vergleichszwecken erstellt werden soll.

Man kann sich aber des Gefühls kaum noch erwehren, dass die Politik jetzt auf dem besten Weg ist, ihr Ziel zu erreichen, den freien Arztberuf zum Auslaufmodell zu machen. Falls sich an der Gesetzeslage nichts ändert, kann man zumindest vorhersagen, dass immer mehr Geld aus Baden-Württemberg abfließen wird. Und diese Tatsache wird mit Sicherheit in schnörkelloser Selbstverständlichkeit als Begründung für weitere Einschnitte bei den Arzthonoraren herangezogen werden. Dabei erscheint es auch durchaus vorstellbar, dass ein gerüttelt Maß

an Praxisinsolvenzen im reichen Süden irgendwie in dieses politische Konzept gehört! Damit bliebe unterm Strich wohl vielen Kolleginnen und Kollegen eigentlich nur die Hoffnung auf eine rasche Anstellung in einem MVZ. Alternativ dazu käme auf der Grundlage der 73er-Verträge höchstens noch die Mutation, oder sollte man sagen Degeneration vom Vertragsarzt zum Kassenarzt in Frage! Unsere Patienten sind dann wahlweise nur noch Teil einer Wertschöpfungskette oder aber Kostenfaktoren!

Nachdem ich in knapp acht Jahren vertragsärztlicher Tätigkeit nun schon diverse Änderungen unserer Honorarordnung erleben durfte, frage ich mich doch immer öfter, wofür das Kürzel EBM denn nun eigentlich wirklich steht!? „Erneute betrügerische Maßnahme“? „Echt blödes Machwerk“? „Erheblicher Bonitäts-Malus“?

Auf der Homepage der österreichischen E-health-Kritiker (www.initiative-elga.at) findet sich ein sehr schöner Spruch: „There are three types of organizations: those who make things happen, those who watch things happen and those who wonder what has happened!“

Ich denke, es steht im Hinblick auf die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens außer Frage, welche Art der Organisation wir als Hartmannbund, aber auch als Gesamtärzteschaft sein wollen, nein, sein müssen!

Marc Kuben,
FA für Allgemeinmedizin, Bezirksvorsitzender Südbaden

60-jähriges Jubiläum des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg (LFB) am 20.05.2009 in Stuttgart

Der Festakt anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des LFB findet am

**Mittwoch, den 20.05.2009, 16.00 Uhr,
in Stuttgart, Weißer Saal des Neuen Schlosses**

statt. Ministerpräsident Oettinger, MdL, wird zum Thema „Ein Plädoyer für die Freien Berufe“ sprechen. Professor Dr. Paul Kirchhof referiert zum Thema „Freiheit des Berufs und Freie Berufe“. Dr. Ulrich Oesingmann, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), wird ein Grußwort sprechen.

Um die Bedeutung der Freien Berufe nach außen zu unterstreichen und der Veranstaltung zu dem gebührenden Erfolg zu verhelfen, bittet der LFB um eine zahlreiche Teilnahme. Die Anmeldung kann telefonisch, per Telefax oder per E-Mail erfolgen bei:

Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg
Hegelstraße 33, 70174 Stuttgart, Telefon: (0711) 62 86 93, Telefax
(0711) 6 19 48 – 703, E-Mail: info@freie-berufe-bw.de

Neu: Arbeitssicherheit in den Arztpraxen

Alternativbetreuung der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg



Grundsätzlich haben alle Unternehmen in Deutschland für Ihre Mitarbeiter den gesetzlich vorgegebenen Arbeitsschutz zu gewährleisten.

Ziel dieses Arbeitsschutzes ist die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Arbeitsschutz in Deutschland in einem dualen System organisiert. Staatlicher Arbeitsschutz und Arbeitsschutz der gesetzlichen Unfallversicherungsträger überschneiden sich teilweise bzw. haben sogar den gleichen Regelungsgegenstand.

Für die Überwachung des gesetzlichen Arbeitsschutzes sind die Arbeitsschutzbehörden der Bundesländer zuständig. In Baden-Württemberg ist dies das Gewerbeaufsichtsamt. Der berufsgenossenschaftliche Arbeitsschutz wird durch die Unfallversicherungsträger überwacht.

Was für alle Unternehmen vorgesehen war, gilt zwangsläufig auch für alle Arztpraxen, die mindestens einen Mitarbeiter – auch in Teilzeit – beschäftigen.

Zur Umsetzung dieser Vorgaben haben die meisten Praxisinhaber in der Vergangenheit entsprechende Verträge mit selbstständigen Betriebsärzten, Fachkräften oder Unternehmen geschlossen, die entsprechende Arbeitsschutz-Dienstleistungen erbringen. Wie es auch anders geht, haben die Zahnärzte bereits vorgemacht.

Nach dem berufsgenossenschaftlichen Regelwerk BGV A2 haben auch Arztpraxen nunmehr die Möglichkeit, sich für die so genannte Alternativbetreuung zu entscheiden. Im Unterschied zu den herkömmlichen Betreuungsformen braucht der Arzt bei der Alternativbetreuung keine externen Dienstleister mehr zu verpflichten. Stattdessen schließt er sich seiner Ärztekammer an, die in Kooperation mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) diese anbietet.

Die Bezirksärztekammer Nordwürttemberg hat für den gesamten Geltungsbereich Baden-Württemberg eine solche Vereinbarung mit der BGW abgeschlossen. Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg können daher seit 01.02.2009 an der Alternativbetreuung der Bezirksärztekammer teilnehmen.

Das Modell der Alternativbetreuung kann man mit einem „Baukastensystem“ vergleichen, das aus 5 Bausteinen besteht:

1. Bei der Alternativbetreuung sorgt der Praxisinhaber jetzt wieder selbst für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in seiner Praxis.
2. In einer Motivations- und Informationsmaßnahme erhält der Praxisinhaber das notwendige „Handwerkszeug“, das für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in seinem „Unternehmen“ erforderlich ist. Die Schulung umfasst insgesamt 6 Lerneinheiten zu 45 Minuten und

wird gleich mehrmals im Jahr durch die Bezirksärztekammer Nordwürttemberg angeboten.

3. Auf Wunsch des Praxisinhabers beinhaltet die Alternativbetreuung auch eine Erstbegehung durch einen Arbeitsschutz- und Gesundheitsexperten.
4. Der Praxisinhaber wird beim Arbeits- und Gesundheitsschutz aber nicht allein gelassen: In der Geschäftsstelle der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg wurde eine Fachkundige Stelle für die Alternativbetreuung eingerichtet. Aufgabe dieser Stelle ist es, den Praxisinhaber bei allen auftretenden Fragen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz zu unterstützen.
5. Bei besonderen Anlässen ist der Unternehmer – unabhängig von der gewählten Betreuungsform – immer verpflichtet, sich durch einen Betriebsarzt oder eine Fachkraft mit branchenbezogener Fachkunde betreiben zu lassen. Die Betreuung erfolgt in diesem Fall durch die Fachkundige Stelle der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg.

Nach der berufsgenossenschaftlichen Vorschrift BGV A1 trägt die Verantwortung für den Arbeitsschutz immer der Unternehmer selbst. Somit lässt sich die Verantwortung für den Arbeitsschutz auch an keinen Betriebsarzt oder eine Fachkraft delegieren, wie häufig angenommen wird. Bei der heutigen Betreuungsform ist der Inhaber einer Arztpraxis daher genauso verpflichtet, für den Arbeitsschutz zu sorgen und beispielsweise Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen, wie bei der Alternativbetreuung auch.

Der Vorteil für den Arzt: Die an der Alternativbetreuung mitwirkenden Arztpraxen müssen im Normalfall keine Routinebegehung durch Aufsichtspersonen mehr erwarten, denn die BGW hat sich verpflichtet, bei den mitwirkenden Unternehmen keine Routinebegehungen mehr durchführen zu lassen.

Der Kostenbeitrag für die Mitwirkung an der Alternativbetreuung der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg beträgt jährlich 99,00 EUR. Hierin sind alle Leistungen der Bausteine 2-5 enthalten.

Weiteres Informationsmaterial sowie die Anmeldeunterlagen zur Alternativbetreuung können Sie bei der Fachkundigen Stelle der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg anfordern.

Dr. med. Klaus Baier
Tel: (0711) 76981-651
Fax: (0711) 76981-500
Mail: Arbeitsschutz@baek-nw.de

Dr. Klaus Baier
Stv. Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg



Gastbeitrag Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist mir eine besondere Freude, für die erste Ausgabe des regionalen Mitteilungsblatts des Hartmannbundes Baden-Württemberg einen Beitrag zu verfassen und Ihnen hiermit einen kurzen Überblick über meine Arbeit als CDU-Europaabgeordneter sowie über aktuelle gesundheitspolitische Themen zu geben.

Seit 2004 bin ich Mitglied des Europäischen Parlaments und verrete seither mit großem Engagement und Freude die Region Nordbaden. Unter anderem bin ich Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit liegen unter anderem im Bereich der Gesundheitspolitik. Neben der Arbeit im Parlament bin ich mehrere Stunden pro Woche in meiner Arztpraxis im nordbadischen Mosbach tätig. Durch die Gespräche mit Patienten und Kollegen habe ich stets einen guten Einblick in aktuelle Probleme im Gesundheitswesen.

In der kommenden Legislaturperiode 2009 bis 2014 will ich mich vor allem für eine saubere Regelung bei der Finanzierung medizinischer Leistungen im europäischen Ausland einsetzen. Das bedeutet, dass die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten in der Gesundheitspolitik gewahrt bleiben müssen. Ich spreche mich grundsätzlich dafür aus, EU-Vorhaben in der Gesundheitspolitik schlank und übersichtlich zu halten.

Viel wichtiger als detaillierte Regelungen ist meiner Meinung nach die gezielte Aufklärung, beispielsweise über den Nutzen von Organspenden. Unser Ziel muss es sein, eine positive Grundstimmung in der Bevölkerung zu schaffen, um die Bereitschaft zur Organspende zu erhöhen. Dies habe ich mir auch beim Thema Hepatitis zur Aufgabe gemacht. Ich finde es erschreckend, dass an Hepatitis B und C europaweit etwa doppelt so viele Menschen sterben wie im Straßenverkehr. Deshalb setzte ich mich besonders dafür ein, über die Gefahren der Erkrankung und die Möglichkeiten der Vorbeugung zu informieren.

Weitere aktuelle Gesundheitsthemen auf EU-Ebene sind die Sicherheit der Patienten unter Einschluss der Prävention und Eindämmung von therapieassoziierten Infektionen sowie die Notwendigkeit europäischer Maßnahmen im Bereich seltener Krankheiten.

Eines der Schwerpunktthemen in der nächsten Legislaturperiode wird das so genannte Pharmapaket darstellen. Dieses Maßnahmenbündel umfasst Neuregelungen in drei Bereichen: Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen, Patienteninformation über verschreibungspflichtige Arzneimittel sowie die Pharmakovigilanz. Die generelle Intention der Europäischen Kommission, die Sicherheit und die Information der europäischen Patienten beim Umgang mit Medikamenten zu verbessern, begrüße ich. Insbesondere die Patienteninformation ist allerdings heftig umstritten. Die vorgestellten Pläne, das Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente zu lockern, stoßen auf massive Bedenken bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Auch vonseiten der Ärzteverbände, Apotheker, Krankenkassen und Sachverständigen wurden kritische Stimmen laut. Noch sind wir aber am Anfang der Diskussion und es wird sicher einige Zeit dauern, bis sich ein Konsens findet, bei dem das Wohl des Patienten im Mittelpunkt steht. Neben meiner Arbeit im Gesundheitsausschuss bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. In der Diskussion um die Neugestaltung der Arbeitszeitregelungen habe ich mich dafür eingesetzt, dass in Zukunft keine Marathondienste mehr möglich sind. Der gesamte Bereitschaftsdienst muss als Arbeitszeit angerechnet werden. Eine Einteilung in aktive und inaktive Phase entspricht nicht der Realität. Die Arbeitsleistung in der Bereitschaftsdienstzeit, etwa die eines Arztes nachts in der Notaufnahme, muss ebenso wertgeschätzt werden wie reguläre Arbeitsstunden. In Deutschland haben die Tarifpartner immer praxisingerechte Tarifverträge ausgehandelt. Diese Tarifautonomie muss bleiben, da sie vor Ort für sachgerechte Lösungen sorgt.

Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Aus der Region

„Wenn sich eine Frau beim Friseur für 35 Euro die Haare richten lassen möchte, dann lacht der nur“ zitierte mich der Südkurier Furtwangen nach einem Interview mit den Hausärzten am Ort. Der Artikel, der halbsseitig mit allen Fotos der ansässigen Ärzte in der Zeitung abgedruckt wurde, brachte viel Resonanz und Verständnis bei den Patienten.

Das Echo war allgemein positiv. Eine ältere Dame mit Kurzhaarfrisur sagte „Mein Friseur macht mir die Haare für 35 Euro, aber ich muss alle 6 Wochen zum Haare schneiden.“

Ein Patient, der als Manager einer Firma für über 20 Jahre gearbeitet hatte, meinte, „Nur ein flächendeckender Streik der Ärzte könnte die Antwort auf das RLV sein“. Andere meinten „Wenn sie nur so wenig für ihre Leistungen bekommen, wage ich fast nicht mehr, zum Arzt zu gehen“.

Eine Reaktion der Ärzte der Umgebung auf das RLV wird das vermehrte Entstehen von Praxisgemeinschaften sein. In vier Orten der Umgebung arbeiten die Hausärzte daran, Praxiszentren zu gründen, nicht als MVZ sondern als Ärztehaus mit zentraler Anmeldung und gemeinschaftlichen Funktionsräumen, um so die Praxismietkosten und die Personalkosten zu senken und zusätzlich eine bessere Präsenz tagsüber, aber auch am Wochenende bieten zu können. Sie verlassen die gemietete Einzelpraxis und ziehen in eine Praxis mit 4-5 Ärzten.

Auch in der Medizin scheint „lean production“ Einzug zu halten und es ist zu befürchten, dass manch eine Arzthelferin auf der Strecke bleiben wird.

Christian Wunschik
Finanzbeauftragter des Landesverbandes Baden-Württemberg



Ein Modell zur Verbesserung der Kommunikation an der Schnittstelle stationäre / ambulante / Behandlung.



Divide et impera - dieser bisher leider erfolgreichen Strategie der Kostenträger, Gewerkschaften und Gesundheitspolitiker muss die gesamte deutsche Ärzteschaft endlich gemeinsam alles entgegen setzen, was in ihrer Macht steht. Es gilt, eines der besten und effizientesten Gesundheitssysteme der Welt, die Sicherstellung der Patientenversorgung, die Freiheit des Arztberufes und nicht zuletzt die wirtschaftliche Situation der Ärzte zu sichern und weiter zu entwickeln. Wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg aller Bemühungen ist aber die Einigkeit und Geschlossenheit aller Ärzte - sowohl innerhalb der niedergelassenen Ärzteschaft als auch im Besonderen zwischen den niedergelassenen und den in den Krankenhäusern tätigen Ärzten.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde anlässlich der Vollversammlung der Kreisärzteschaft Schwäbisch Gmünd im Dezember 2000 beschlossen, einen Arbeitskreis Dialog Klinik-Praxis zu gründen. Dieser tagte erstmals im März 2001 in den Räumen des Klinikums Schwäbisch Gmünd unter Beteiligung von Ärzten der Klinik und aus dem niedergelassenen Bereich. Bis heute fanden ca. 20 Sitzungen dieses AK's statt.

Ziel dieses Arbeitskreises ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Ärzten in Klinik und Praxis im Interesse einer effizienteren Patientenversorgung zu verbessern, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Vertrauen zu schaffen.

Eine umfassende Themenliste ist in wesentlichen Teilen bearbeitet und entscheidende Eckpunkte für die gemeinsame Arbeit sind festgelegt:

- Aufstellen einer Adressen-, Telefon-, Telefax- und E-Mail-Liste der Kollegen in der Kreisärzteschaft für eine schnellere und bessere Kommunikation.
- Benennung von Ansprechpartnern in den medizinischen Abteilungen der Klinik für die niedergelassenen Ärzte.
- Erstellen von Checklisten für die Einweisung in stationäre Behandlung bzw. die Entlassung aus stationärer Behandlung.
- Ausarbeitung und Durchführung fachbezogener Fortbildungen, bei denen sowohl Krankenhausärzte als auch niedergelassene Ärzte als Referenten auftreten.
- Einrichtung von Qualitätszirkeln.
- Information über personelle und fachliche Entwicklungen in der Klinik.
- Schaffung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Differenzen zwischen Klinikärzten und niedergelassenen Ärzten.
- Kommunikation über das Spektrum an Medikamenten, die in der Klinik eingesetzt werden und die bei Entlassung in die Weiterbehandlungsempfehlungen aufgenommen werden.
- Gedankenaustausch zur Patientenverfügung in Zusammenarbeit mit der Spitalmühle Schwäbisch Gmünd und anderen Organisationen.
- Strategien zu medizinischen Versorgungszentren in Schwäbisch Gmünd unter Einbeziehung der niedergelassenen Kollegen.

- Kooperationsabkommen zwischen niedergelassenen Kollegen und den Klinikabteilungen.
- DRGs und ihre Auswirkungen auf die Praxis usw.
- Notwendigkeit der Schaffung einer Notfallambulanz in der Klinik.

Die Tätigkeit dieses Arbeitskreises hat bis heute zu einer nachhaltigen Verbesserung des Verhältnisses und der Zusammenarbeit zwischen den Ärzten in der Klinik und in den Praxen und damit auch zu einer Effizienzsteigerung der Patientenversorgung geführt. Außerdem leistet dieser AK einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen Geschlossenheit der Ärzteschaft.

Der Arbeitskreis II „Ärzte in der stationären Versorgung“ des Hartmannbundes, Landesverband Baden-Württemberg unterstützt dieses ‚Gmünder Modell‘. Mit aktiver Information aller Ärzteschaften trägt er zur Stärkung der ärztlichen Gemeinschaft bei und ruft alle auf, dem Beispiel der Kreisärzteschaft Schwäbisch Gmünd zu folgen. In der Region findet dies besondere Unterstützung bei den Kreisvereinen Ostalb/Heidenheim und Rems-Murr des Hartmannbundes.

Dr. Peter Holzrichter, Vorsitzender AK II, Stationäre Versorgung

Impressum:

Herausgeber:
Hartmannbund Landesverband Baden-Württemberg
Albstadtweg 4
70567 Stuttgart
Tel.: 0711-731024, Fax: 0711-731696
Internet: www.hartmannbund.de
Email: lv.bw@hartmannbund.de

Redaktion:
Dr. Roland Quast (v.i.S.d.P.)
Klaus Rinkel
Dr. Uwe Mauz
Eleonore Wagner

Anschrift:
Siehe Herausgeber

Verlag:
Köllen Druck+Verlag GmbH
Postfach 41 03 54 · 53025 Bonn
Ernst-Robert-Curtius-Straße 14
53117 Bonn
Tel. (0228) 98 98 285 · Fax (0228) 98 98 299
E-Mail: verlag@koellen.de
Anzeigenverwaltung: Norbert Hausen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Senioren im Hartmannbund



9

Vielen Ärzten im Ruhestand geht es sicherlich ähnlich wie mir. Man geht zwar nicht mehr seiner beruflichen Tätigkeit als Arzt nach, möchte aber dennoch am ärztlichen Leben teilhaben, Gespräche führen und sich mit anderen Ärzten treffen, denen es ähnlich geht.

Aus diesem Grund wurde der „Ausschuss Senioren“ im Hartmannbund Landesverband Baden-Württemberg ins Leben gerufen, damit auch wir „Senioren“ uns austauschen können.

Ich finde es schön, dass sich der Hartmannbund Landesverband Baden-Württemberg dadurch auch um die kümmert die nicht mehr im Berufsleben, aber dennoch mit beiden Beinen im Leben stehen.

So hat sich der Ausschuss seit 2007 bereits in Ulm, Baden-Baden, Freiburg und Heidelberg getroffen und weitere Termine werden folgen. Wir haben es uns zum Ziel gemacht, 2 Treffen pro Jahr zu organisieren, immer an einem anderen Ort in Baden-Württemberg, damit jeder daran teilnehmen kann.

Wenn auch Sie sich hierdurch angesprochen fühlen, melden Sie sich! Wir freuen uns über jeden weiteren Teilnehmer und sind auch für Vorschläge dankbar.

Ihre Ellen Holzinger

Hartmannbund-Veranstaltungsreihe in Heidelberg gestartet:

Rund um Gründung, Aufbau und erfolgreiche Führung der ärztlichen Praxis

Als erste Veranstaltung der oben genannten Reihe (siehe auch Veranstaltungshinweise) fand am Mittwoch, den 18.02.2009 in der Print Media Academy in Heidelberg (Kürfürsten-Anlage 60 in Bahnhofsnähe) die erste Veranstaltung zum Thema „Steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten für die ärztliche Praxis“ sowie „Altersvorsorge und Vermögensaufbau“ statt.

Pawel Düsterdiek, Deutsche Ärzte Finanz, stellte einem hoch interessierten Teilnehmerkreis die durch das Altersvorsorgegesetz seit 2005 geänderten Rahmenbedingungen vor.

Steigende Steuerfreistellung der Einzahlungen ins Versorgungswerk, aber auch in andere Rentenprodukte (Rürup-Rente und auch BU-Rente, falls bestimmte Bedingungen eingehalten werden) bis zu einem Betrag von 20.000/40.000 € jährlich (ledig/verheiratet) stehen zunehmender Versteuerung der Rentenauszahlungen (ab 2040 hundertprozentige Steuerpflicht) entgegen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer zusätzlichen Vorsorge neben den Leistungen aus dem ärztlichen Versorgungswerk. Es wurde nachvollziehbar dargestellt, dass diese zusätzliche Vorsorge überwiegend ohne zusätzlichen eigenen Nettoaufwand möglich ist. Allein die Steuerersparnis bei den Einzahlungen ins Versorgungswerk ergibt eine so große Summe, dass kein wesentlicher zusätzlicher eigener Nettoaufwand erforderlich ist.

Je nach Lebensalter, finanziellen Möglichkeiten und Lebensplanung (wann Berufsaufgabe?) eröffnen sich individuelle interessante Möglichkeiten der zusätzlichen Vorsorge!

Fazit: Zusätzliche Vorsorge für Berufsunfähigkeit und Alter ist durch die neue Gesetzgebung unabdingbar, aber auch ohne wesentlichen zusätzlichen Nettoaufwand möglich geworden. Die Einzelheiten hän-

gen von Lebensalter, Lebensplanung und vorgesehenem Rentenbeginn ab, persönliche Beratung macht Sinn.

Im zweiten Teil stellte die Steuerberaterin Anka Anders, Mannheim die steuerlichen Besonderheiten der Arztpraxis dar:

Neben der Einkommenssteuer gilt es, - insbesondere in Gemeinschaftspraxen - auf Gewerbesteuervermeidung zu achten. Im Rahmen des aktuell beschlossenen Konjunkturpaketes wurde die ehemalige Ansparsabschreibung als Investitionskostenabzug reaktiviert (auch für geplante Anschaffungen gebrauchter Wirtschaftsgüter!). Hingewiesen wurde auch auf den Sammelposten 5jährige Abschreibung mittelwertiger Anschaffungen (150 bis 1000 Euro).

Im einzelnen ging sie auf die umsatzsteuerpflichtigen Leistungen ein, ein fast für alle Fachgruppen wichtiges, wenn auch kontroverses Thema: Keine Umsatzsteuerpflicht als Kleinunternehmer mit einem Umsatz kleiner als 17.500€ mit umsatzsteuerpflichtigen Leistungen.

Daneben wurden Abgeltungssteuer (Kapitalanlagen) sowie neues Erbschaftssteuerrecht und die dabei auftretenden Besonderheiten besprochen.

In der lebhaften Diskussion wurden Einzelprobleme erörtert. Diese sehr praxisnahe Veranstaltung markierte den Einstieg in eine neue Veranstaltungsreihe. Wir hoffen, im Verlauf noch deutlich mehr Teilnehmer zu erreichen. Ich kann diese Veranstaltungsreihe sehr empfehlen und freue mich, einige weitere Themenabende in meinem Bezirk moderieren zu dürfen.

Dr. Peter Napiwotzky
Bezirksvorsitzender Nordbaden



Kreiswahlen in Baden-Württemberg

Einige Mandatsträger haben uns ihren persönlichen „Steckbrief“ zugesandt. Ab Ausgabe 2 werden wir diese veröffentlichen.

Nordbaden

Kreisverein BADEN-BADEN/RASTATT

Vorsitzender:

Dr. Wolf-Dietrich Piening
Mahlbergstr. 8,
76532 Baden-Baden

Delegierter zur Landesversammlung

Dr. Wolf-Dietrich Piening
Kreisverein CALW

Vorsitzender: Dr. Eckard Müller
Alte Poststr. 17, 75378 Bad Liebenzell

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Herbert Scheiblich
Poststr. 31, 72213 Altensteig

Delegierter zur Landesversammlung: Dr. Eckard Müller

Stellv. Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Herbert Scheiblich

Kreisverein FREUDENSTADT

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesversammlung: Nicht besetzt

Kreisverein HEIDELBERG

Vorsitzender: Dr. Frederik L. Giesel
Eberlinweg 13a, 69121 Heidelberg

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Frederik L. Giesel

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Christof Hofele
Konrad-Zuse-Str. 6, 69126 Heidelberg

Kreisverein KARLSRUHE

Vorsitzender:

Dr. Michael Viapiano
Seldeneckstr. 43, 76185 Karlsruhe

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Günter Heinze
Richard-Strauss-Str. 32,
76646 Bruchsal

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Michael Viapiano

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Günter Heinze

Kreisverein MANNHEIM

Vorsitzende:

Dr. Brigitte Reimann-Wehrle
Krauthheimer Str. 56,
68259 Mannheim

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Andreas Gabel
Talstr. 23, 68259 Mannheim

Delegierte zur Landesversammlung:

Dr. Brigitte Reimann-Wehrle

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Joachim Heinrich
Bruchsaler Str. 33-37,
68219 Mannheim

Stellv. Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Andreas Gabel

Kreisverein NECKAR-ODENWALD

Vorsitzender:

Dr. Uwe Kempgens
Kreuzweg 2a, 74731 Walldürn

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Uwe Kempgens

Stellv. Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Jürgen Kussmann
Kastanienweg 7,
74722 Buchen-Hainstadt

Kreisverein PFORZHEIM/ENZKREIS

Vorsitzender:

Dr. Peter Napiwotzky
Bahnhofstr. 98, 75417 Mühlacker

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Brigitte Langer-Glock
Im Ludlein 5, 75181 Pforzheim

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Peter Napiwotzky

Stellv. Delegierte zur Landesversammlung:

Dr. Brigitte Langer-Glock

Kreisverein RHEIN-NECKAR

Vorsitzender: Dr. Klaus Ditzen
Weinbergstr. 52, 69469 Weinheim

Delegierter zur Landesversammlung: Dr. Klaus Ditzen

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Ekanegoro Kasih
Bischofsheimer Str. 15,
74889 Sinsheim

Südbaden

Kreisverein EMMENDINGEN

Vorsitzender:

Marc Kuben
Staudinger Str. 12,
79312 Emmendingen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Hans-Joachim Ecker
Allmendweg 14, 79183 Waldkirch

Delegierter zur Landesversammlung: Marc Kuben

Stellv. Delegierte zur Landesversammlung:

Dr. Barbara Heitzelmann
Adolf-Sexauer-Str. 10, 79312 Emmendingen

Kreisverein FREIBURG-HOCHSCHWARZWALD

Vorsitzender:

Dr. Artur-Albert Burget
Burgerstr. 29, 79199 Kirchzarten

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Jürgen-G. Lampe
Eulenweg 2, 79110 Freiburg

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Artur-Albert Burget

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Hans-Georg Weidenhammer
Klarastr. 58, 79106 Freiburg

Delegierter zur Landesversammlung:

Prof. Dr. Herbert K. Koch
Postfach 100150, 79120 Freiburg

Stellv. Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Jürgen-G. Lampe

Kreisverein KONSTANZ

Vorsitzende: Petra Nothhelfer
Hinter den Reben 7, 78224 Hausen

Delegierte zur Landesversammlung: Petra Nothhelfer

Kreisverein LÖRRACH

Vorsitzende: Dr. Eva-Maria Tietz
Hammerstr. 8, 79540 Lörrach

Delegierte zur Landesversammlung: Dr. Eva-Maria Tietz

Kreisverein ORTENAU

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Richard Josef Großkinsky
Weiherstr. 20, 77866 Rheinau

Kreisverein ROTTWEIL

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesversammlung: Nicht besetzt

Kreisverein SCHWARZWALD-BAAR

Vorsitzender: Christian Wunschik
Luisenstr. 1, 78147 Vöhrenbach

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Michael Eberl
Hausäckerstr. 25,
78166 Donaueschingen

Delegierter zur Landesversammlung:

Christian Wunschik

Stellv. Delegierter zur Landesversammlung:

Dr. Michael Eberl

Kreisverein TUTTLINGEN

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesversammlung: Nicht besetzt

Kreisverein WALDSHUT

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesversammlung: Nicht besetzt

Nordwürttemberg

Kreisverein BÖBLINGEN

Vorsitzender: Dr. Klaus Baier
Leonberger Str. 1,
71063 Sindelfingen

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Annemarie Trost
Stäuchle 5, 71088 Holzgerlingen

Delegierter zur Landesversammlung: Dr. Klaus Baier

Stellv. Delegierte zur Landesversammlung:

Dr. Annemarie Trost

Kreisverein ESSLINGEN

Vorsitzender: Dr. Uwe Mauz
Kronenstr. 44, 73734 Esslingen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Miller
Martin-Luther-Str. 7,
70771 Leinfelden-Echterd.

Delegierter zur Landesversammlung: Dr. Uwe Mauz

Delegierte zur

Landesversammlung:

Catherine Hetzer-Baumann
Neckartenzlinger Str. 11,
72657 Altenriet

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Wolfgang Miller

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Igor Herzog
Schlüsselshaldenstr. 9,
73733 Esslingen

Kreisverein GÖPPINGEN

Vorsitzender:

Dr. Albrecht Bomblies-Heudorfer
Karl-Schurz-Str. 33,
73037 Göppingen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Gerd-Ulrich Maier
Riedstr. 5, 73079 Sülßen

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Albrecht Bomblies-Heudorfer

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Gerd-Ulrich Maier

Kreisverein HEIDENHEIM

Vorsitzender: Dr. Dietrich Kölsch
Flachsbergstr. 2,
89551 Königsbronn

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Harr
Weikersbergstr. 62,
89551 Königsbronn

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Dr. Dietrich Kölsch

Kreisverein HEILBRONN

Vorsitzende:

Dr. Karin Steinhoff-Balzer
Im Wannental 27,
74074 Heilbronn

Delegierte zur

Landesversammlung:

Dr. Karin Steinhoff-Balzer

Kreisverein HOHENLOHE

Vorsitzender:

Dr. Helmut Starrach
Comburgstr. 3, 74653 Künzelsau

Stellv. Vorsitzender:

Narciso Dal Molin
Trajanstr. 4, 74613 Öhringen

Delegierter zur

Landesversammlung:

Narciso Dal Molin

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Helmut Starrach

Kreisverein LUDWIGSBURG

Vorsitzender: Uwe Schäfer
Bahnhofstr. 89, 71679 Asperg

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Franz Bien
Hauffstr. 52, 71732 Tamm

Delegierter zur

Landesversammlung:

Uwe Schäfer

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Thomas Breinlich
Finkenweg 22, 74321 Bietigheim-
Bissingen

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Franz Bien

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Joachim Küfer
Gartenstr. 1/1, 74392 Freudental

Kreisverein MAIN-TAUBER

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Kult
Otoflstr. 5,
97980 Bad Mergentheim

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Reinhard Küstermann
Hospitalstr. 8, 97877 Wertheim

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Prof. Dr. Jürgen Kult

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Wilhelm Freiherr von Lamezan
Hans-Bardon-Str. 15,
97877 Wertheim

Kreisverein OSTALB

Vorsitzende: Dr. Sylvia Steingass
Heidestr. 19, 73431 Aalen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Peter Holzrichter
Sandweg 9, 73557 Mutlangen

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Peter Holzrichter

Stellv. Delegierte zur

Landesversammlung:

Dr. Sylvia Steingass

Kreisverein REMS-MURR

Vorsitzender:

Dr. Ulf-Michael Werner
Bahnhofstr. 25-27, 73630 Remshal-
den

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Bertram Käsemann
Höfenäckerle 5, 73667 Kaisersbach

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Bertram Käsemann

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Ulf-Michael Werner

Kreisverein SCHWÄBISCH HALL

Vorsitzender: Benjamin Boesler
Raiffeisenstr. 19,
74538 Rosengarten

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Benjamin Boesler

Kreisverein STUTTGART

Vorsitzender: Markus Müller
Wildunger Str. 40, 70372 Stuttgart

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Volker Laible
Rosenbergstr. 38, 70176 Stuttgart

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Markus Müller

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Dr. Volker Laible

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Dr. Alexander Kayser

Birkenwaldstr. 165c, 70191 Stutt-
gart

Stellv. Delegierte zur

Landesversammlung:

Dr. Brigita Rak
Birkenwaldstr. 121, 70191 Stuttgart

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung:

Dr. Peter Böshagen
Plattenbergstr. 36, 70188 Stuttgart

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung: Dr. Bernd Hübler

Eichenparkstr. 62b, 70619 Stutt-
gart

Südwürttemberg

Kreisverein BIBERACH

Vorsitzender: Nicht besetzt

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Nicht besetzt

Kreisverein BODENSEE

Vorsitzender:

Dr. Martin W. Pfeifer
Max-Mundig-Weg 1, 88069 Tett-
nang

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Dr. Martin W. Pfeifer

Kreisverein RAVENSBURG

Vorsitzender:

Dr. Michael Häussler
Henri-Dunant-Str. 34, 88213 Ra-
vensburg

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Dr. Michael Häussler

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung:

Dr. Dietmar Straub
Abt-Hyller-Str. 21, 88250 Weingar-
ten

Kreisverein REUTLINGEN

Vorsitzender:

Dr. Ekkehard Horowski
Gartenstr. 8, 72764 Reutlingen

Stellv. Vorsitzender:

Andreas Nadler
Max-Eyth-Str. 202,
72766 Reutlingen

Delegierter zur Landesver-

sammlung:

Dr. Roland Quast
Hirschstr. 1, 72764 Reutlingen

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung:

Dr. Jürgen Vollmar
Kaiserstr. 4, 72764 Reutlingen

Kreisverein SIGMARINGEN

Vorsitzender:

Dr. Dieter W. Jungmann
Frauensteinstr. 3, 72511 Bingen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer
Europastr. 22, 72510 Stetten

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Dieter W. Jungmann

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer

Kreisverein TÜBINGEN

Vorsitzender: Erwin Jugel

Falkenweg 20, 72076 Tübingen

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Adrian J.O. Kleemann
Hornbergstr. 44, 73035 Göppingen

Delegierter zur Landesver-

sammlung: Erwin Jugel

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung:

Dr. Adrian J.O. Kleemann

Kreisverein ULM/ALB-DONAU

Vorsitzender:

Prof. Dr. Lothar Kinzl
Gartenhalde 28, 89081 Ulm

Stellv. Vorsitzender:

Friedrich Gagsteiger
Einsteinstr. 59, 89077 Ulm

Delegierter zur

Landesversammlung:

Prof. Dr. Lothar Kinzl

Delegierter zur

Landesversammlung:

Friedrich Gagsteiger

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Ulrich Rausch
Fischergasse 35, 89073 Ulm

Stellv. Delegierter zur Landes-

versammlung: Klaus Rinkel

Ringstr. 147, 89081 Ulm

Kreisverein ZOLLERNALB

Vorsitzender:

Dr. Walter Spengler
Dorfstr. 28, 72458 Albstadt

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Ernst-Ferdinand Windrich
Gluckstr. 10, 72336 Balingen

Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Walter Spengler

Stellv. Delegierter zur

Landesversammlung:

Dr. Ernst-Ferdinand Windrich

Veranstaltungen des Hartmannbundes Landesverband Baden-Württemberg

- Termin:** Dienstag, 31. März 2009, 19.30-22.00 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Hotel Maritim, Seidenstr. 34, 70174 Stuttgart
Gebühr: kostenfrei
-
- Termin:** Mittwoch, 22. April 2009, 19.30-21.45 Uhr
Thema: Ärztliche Kooperationsformen auf rechtlich sicherem Fundament
Ort: Print Media Academy, Kurfürstenanlage 52-60, 69115 Heidelberg
Gebühr: Hartmannbund-Mitglieder 29 €, Nicht-Mitglieder 39 €
-
- Termin:** Mittwoch, 22. April 2009, 19.00-21.30 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Hotel am Brenne, r Goethestr. 10, 97941 Tauberbischofsheim
Gebühr: kostenfrei
-
- Termin:** Donnerstag, 23. April 2009, 19.30-22.00 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Braugasthof Roter Ochsen, Schmiedstr. 16, 73479 Ellwangen
Gebühr: kostenfrei
-
- Termin:** Dienstag, 28. April 2009, 19.30-22.00 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Plaza Heilbronn, Moltkestr. 52, 74076 Heilbronn
Gebühr: kostenfrei

- Termin:** Mittwoch, 29. April 2009, 19.00-21.30 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Hotel Achalm, Auf der Achalm 1, 72766 Reutlingen
Gebühr: kostenfrei
-
- Termin:** 30. April 2009, 19.30-22.00 Uhr
Thema: Arzneitherapie aktuell: Qualitätsbewusste Arzneimittelverordnung anhand von praxisrelevanten Beispielen
Ort: Hotel Kapuzinergarten, Kapuzinergasse 20, 79206 Breisach
Gebühr: kostenfrei
-
- Termin:** Mittwoch, 13. Mai 2009, 19.30-21.45 Uhr
Thema: Die 7 Todsünden im Praxismarketing – unter Berücksichtigung juristischer Gesichtspunkte
Ort: Print Media Academy, Kurfürstenanlage 52-60, 69115 Heidelberg
Gebühr: Hartmannbund-Mitglieder 29 €, Nicht-Mitglieder 39 €
-
- Termin:** Mittwoch, 17. Juni 2009, 19.30-21.45 Uhr
Thema: Einfacher, besser, wirtschaftlicher: Abläufe in Praxis und Ambulanz optimieren – gelungene Prozessoptimierung am Beispiel architektonischer Maßnahmen
Ort: Print Media Academy, Kurfürstenanlage 52-60, 69115 Heidelberg
Gebühr: Hartmannbund-Mitglieder 29 €, Nicht-Mitglieder 39 €
-
- Termin:** Dienstag, 07. Juli 2009, 19.30-21.45 Uhr
Thema: Zukunftssichere Existenzgründung: Die Niederlassung unter juristischen und finanziellen Aspekten
Ort: Print Media Academy, Kurfürstenanlage 52-60, 69115 Heidelberg
Gebühr: Hartmannbund-Mitglieder 29 €, Nicht-Mitglieder 39 €

Zertifizierte Fortbildungsabende in Heidelberg

Mittwoch 22.04.2009, 19.30 Uhr, 3 Fortbildungspunkte: **Ärztliche Kooperationsformen auf rechtlich sicherem Fundament**

Mittwoch 13.05.09, 19.30 Uhr, 3 Fortbildungspunkte: **Die 7 Todsünden im Praxismarketing** –unter Berücksichtigung juristischer Gesichtspunkte
Print Media Academy, Kurfürsten-Anlage 52-60, 69115 Heidelberg

Die Ärzteschaft ist in Bewegung. Viele schließen sich zusammen und bilden zum Teil **neue Organisationsformen**, kümmern sich um Themen wie **Öffentlichkeitsarbeit, Marketing** und **Ertragssteigerung durch IGeL** – Aufgabenfelder, die nicht zum klassischen Tätigkeitsspektrum des Arztes gehören.

Doch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Gesundheitswesen gilt es, die Weichen neu zu stellen. Neben der medizinischen Fachkompetenz braucht es die **optimale Organisationsform**, die **Macht des professionellen Marketing**, das überzeugende **Angebot von IGeL**. Und dies unter Berücksichtigung der juristisch relevanten Aspekte!

Der Hartmannbund hat deshalb für diese Fortbildungsreihe praxiserfahrene Experten gewonnen, die komprimiert über die aktuellen Möglichkeiten des Arztes informieren, um so **Arztpraxen langfristig zu ertragssicheren Unternehmen** zu machen.

Am 22. April 2009 geht die Referentin, **Jutta Dillschneider, Fachanwältin für Medizinrecht** aus Heidelberg, auf interessante Fragen rund um ärztliche Kooperationen ein. Was ist bei der Gründung von **Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften, Teilgemeinschaftspraxen, überörtlichen Gemeinschaftspraxen** und **anderen Kooperationsformen** und Unterformen zu beachten? **Für wen machen Zusammenschlüsse Sinn? Kann man es noch riskieren, mit der Niederlassung allein zu starten?**

Gleich für welche Organisationsform sich der Arzt entscheidet, neben dem fachlichen muss sich auch der **wirtschaftliche Erfolg** einstellen. Dazu braucht es über Fachkompetenz und die vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung hinaus eine **überzeugende Kommunikation** und **optimale Außendarstellung**.

Professionelles und **seriöses Praxismarketing** ist deshalb Schwerpunkt am 13. Mai 2009. Welche **Möglichkeiten der Vermarktung** gibt es? Wie lassen sich insbesondere **IGeL-Leistungen** so verkaufen, dass das **Vertrauen in die ärztliche Integrität**, die ethische **Verantwortung** und **vertragärztlichen Pflichten** gewahrt und dabei **gleichzeitig** dem unternehmerischen Anspruch nach **Wirtschaftlichkeit** Rechnung getragen wird? Die Buchautorin und Spezialistin für Praxismarketing **Doris Keller, Fachkauffrau für Marketing**, DEKADOMed, Heidelberg, bringt die Todsünden im Praxismarketing und Lösungsmöglichkeiten auf den Punkt.

Gerne können Sie sich direkt in der Geschäftsstelle des Hartmannbundes Landesverband Baden-Württemberg für die Veranstaltungen anmelden:

Tel.: 0711 – 73 10 24, Fax: 73 16 96, Email: lv.bw@hartmannbund.de

Den aktuellen Stand entnehmen Sie bitte unserer Homepage: www.hartmannbund.de